

## **6. Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen**

Motion David John Galeuchet (Grüne, Bülach), Franziska Barmettler (GLP, Zürich), Nicola Siegrist (SP, Zürich), Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.), Manuel Sahli (AL, Winterthur) vom 6. Juli 2020

KR-Nr. 267/2020, RRB-Nr. 1008/21. Oktober 2020 (Stellungnahme)

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Motion nicht zu überweisen. Er hat dem Rat seine schriftliche Ablehnung am 21. Oktober 2020 bekannt gegeben. Der Rat hat zu entscheiden.

*David John Galeuchet (Grüne, Bülach):* Wir sind aktuell im Energiebereich in einer heraus herausfordernden Situation. Es herrscht immer noch ein grässlicher Krieg in der Ukraine. Der russische Diktator Wladimir Putin dreht Europa den Gashahn zu. Wir müssen mit einer Energiemangellage in diesen Winter rechnen. Betroffen ist ganz Europa. Es wird schwierig sein, sich wie gewohnt gegenseitig auszu helfen. Auch wenn die Strompreise sich aktuell wieder erholen, waren sie zwischenzeitlich zwanzigmal höher als im Vorjahr. Letzte Woche war der Strompreis in Deutschland immer noch zweieinhalb bis sechsmal höher als vor einem Jahr. Eine kurzfristige Erholung auf das Niveau der letzten Jahre schliessen viele Experten aus.

Nach wie vor ist die Schweiz in einer sehr grossen Abhängigkeit vom Ausland, wenn es um die Energie geht. 72 Prozent der Energie beziehen wir aus dem Ausland. Das müssen wir einfach immer wieder im Bewusstsein haben. In Frankreich stehen immer noch 32 von 56 Reaktoren still, also mehr als die Hälfte, auch zwölf jüngere mussten vom Netz. Allenfalls schaffen es die Franzosen, diese wieder hochzufahren, dies aber nur mit zwei geschlossenen Augen bezüglich der Sicherheit. Anstelle einer Renaissance der AKW in Frankreich muss nun zuerst mal eine Renovation her. Aber dazu fehlen vermutlich auch die Fachleute. Unsere Uralt-Reaktoren sind nicht mehr zuverlässig und stehen immer häufiger ungeplant still. Es ist zu hoffen, dass sie in diesem Winter zur Verfügung stehen. Ansonsten trifft das Worst-Case-Szenario, dass der Bund postuliert hatte, ein. Und warum stehen wir da?

75 Prozent der gesamten in der Schweiz verbrauchten Energie wird importiert. Ein Abkommen im Strombereich mit der EU fehlt, und der Ausbau der neuen Energien wurde in der Schweiz blockiert und nicht vorangetrieben, weil sich unsere bürgerlichen Politiker in den letzten 30 Jahren im Energiebereich nicht bewegt haben; dies auch, weil sie gut von den Pfründen der Erdöl- und der Atomlobby gelebt haben. Eine unabhängige Schweiz? Gerade im Energiebereich ist unsere Unabhängigkeit eben nicht gross. Liebe Vertreterinnen und Vertreter der SVP, tragt ihr eine Augenbinde, wenn es um die Energie geht? Gas von Putin und Öl aus despotischen Staaten für mehr als 10 Milliarden pro Jahr? Es wird Zeit, dass ihr diesen Ballast von Bord werft und den Weg der Energiewende konse-

quent beschreitet. Denn erneuerbare Energien können wir in der Schweiz erzeugen und den Rest aus vertrauenswürdigen Nachbarländern beziehen. In der EU stammen heute 18,6 Prozent des Stroms aus neuen erneuerbaren Energien, in der Schweiz sind es – Stand 2021 – 8,3 Prozent. Auch Schweizer Unternehmen haben im Ausland investiert, weil dort die Rahmenbedingungen wirtschaftliche Business Cases ergeben. Nach wie vor liegt der Kanton Zürich bei der zugebauten Solarenergie pro Kopf auf dem drittletzten Rang. Nach Zahlen, welche der VESE, dem Verband der unabhängigen Energieerzeuger, stehen wir bei 193 Watt pro Kopf, und damit haben wir nur knapp die Hälfte des Schweizer Durchschnitts. Das genutzte Potenzial im Kanton Zürich oder das genutzte Solarpotenzial im Kanton Zürich liegt bei 3,7 Prozent, auch da gibt es definitiv noch sehr viel Luft nach oben.

Der Regierungsrat schleicht sich in der Antwort auf die Motion hinaus, indem er sagt: Der Bund fördert die Solarenergie. Deshalb lehnt er die Motion ab. Das Tempo beim Bau der Solaranlagen oder der Solarenergie ist aber noch zu tief, obwohl die Branche eine Wahnsinns-Performance hinlegt und auch in diesem Jahr gesamtschweizerisch wohl wieder einen Zuwachs von gegen 40 Prozent erwarten kann und somit einen Rekord-Zubau von circa 900 Megawatt erzielen wird. An dieser Stelle mein Aufruf an die Männer und Frauen – davon gibt es leider noch zu wenige –, daher mein Aufruf an die Frauen: Baut Solaranlagen, welche bei Regen und Sonne auf diesen Dächern stehen und an der Energiewende arbeiten. Herzlich Dank.

Auch der Kanton Zürich, speziell als Wirtschaftskanton mit einem Energieverbrauch von mehr als 13 Prozent, muss die Verantwortung übernehmen, das vorhandene Potenzial an erneuerbaren Energien zu nutzen. Bei den aktuellen Strompreisen ist bei vielen PV-Projekten (*Fotovoltaik*) keine oder kaum eine Förderung nötig. Nur wissen die Investoren nicht, wo die Strompreise in drei oder zehn Jahren stehen werden. Ihnen fehlt also die Investitionssicherheit, speziell, wenn sie den Strom selber nicht nutzen können und ihn ins Netz abgeben. Deshalb fordert die Motion, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, Quotenregelungen für Schweizer Solarstromanteile im Strommix der kantonalen Energieversorger, fixe Mindest-Einspeisetarife zu garantieren und bei höheren Strompreisen aber auch abzuschöpfen, um die Sicherheitsleistungen der kommenden Jahre zu finanzieren. Beim Bau von Solaranlagen fällt ein grosser Teil der Wertschöpfung lokal an, was unter anderem auch eine Studie der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*) zeigt. Davon kann das lokale Gewerbe bei der Planung, beim Bau und auch beim Unterhalt profitieren. Bis 2030 braucht die Solarbranche 20'000 zusätzliche Arbeitskräfte, um die Energiewende zu schaffen.

Wenn heute immer noch unklar ist, dass die Sonne das grösste Potenzial für die Energieproduktion in der Schweiz hat und wir sie zügiger nützen müssen, dem ist nicht mehr zu helfen. Die anderen bitte ich, der Motion zuzustimmen.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* Vom Zeitpunkt her ist es eigentlich sehr passend, dass dieser Rat heute über die beiden zusammen eingereichten Vorstösse im Paket für den Ausbau und die Speicherung von erneuerbaren Energien diskutiert. Das

freut mich, auch wenn es heute vermutlich nur noch für einen dieser beiden Vorstösse reicht. Weniger freut es mich, dass wir zweieinviertel Jahre warten mussten, dass es in diesem Rat so lange dauert, bis klimarelevante Vorstösse verhandelt werden. Dies zeigt, dass das Tempo dieser Institution nach wie vor nicht hoch genug ist, sowohl für die Bekämpfung der Klimakrise wie auch zur Sicherung der Energieversorgungssicherheit. Die Frage, wie wir schneller werden, sollte demnächst auch mal diskutiert werden.

Zum Vorstoss: Power to the People, darum geht es uns. Es geht um die Gewährleistung der Energieversorgung und um den benötigten elektrischen Strom für die schnell benötigte Dekarbonisierung. Dass dieses Jahr so viel Fotovoltaik zugebaut wurde, hätte vor einem Jahr wohl noch niemand erwartet. Mit den zu steigenden Rücklieferтарifen und den hohen Strompreisen an den Strombörsen lohnen sich heute viele Anlagen, die sich vor einem Jahr oder vor einigen Monaten noch nicht gelohnt hätten. Damit steigt das Tempo, wie mein Vorredner schon gesagt hat, es bleibt jedoch nach wie vor zu tief. Und so ungeplant wie der Angriffskrieg gegen die Ukraine als Auslöser für diesen Boom kam, so unplanbar sind auch die kommenden Jahre. Ich persönlich hoffe schwer, dass die Krise so bald wie möglich endet. Das bedeutet auch, dass sich irgendwann die Energiepreise beruhigen werden. Wie und wann das geschieht, weiss heute jedoch niemand. Für den Bau von Fotovoltaik-Anlagen braucht man aber die Garantie, dass man in fünf Jahren nicht plötzlich wieder ein Defizitgeschäft macht. Die Motion behält damit ihre Relevanz und Dringlichkeit und wir erwarten vom Regierungsrat, dass dieser die notwendigen Massnahmen vorschlägt, um den massiven und den schnellen Zubau von Fotovoltaik im Inland über die nächsten 20 Jahren umfassend zu sichern. Dafür gibt es verschiedenste Möglichkeiten. Nicht zuletzt geht es auch darum, dass der Kanton eine koordinierende und planende Funktion einnimmt. Gerade der Bau von strategisch wichtigen Anlagen, wie beispielsweise im Berggebiet, mit einem hohen Winteranteil, benötigen eine führende öffentliche Hand, die die Richtung vorgibt. Meine Erwartung an die Regierung in der Bearbeitung dieser Motion ist also, dass wir eine umfassende Strategie für die Fotovoltaik kriegen. Den Anspruch an eine umfassende Strategie lässt die Regierung in ihrer Ablehnung der Motion bisher nämlich auch vermissen.

Für die SP ist klar: Diese umfassende Strategie brauchen wir dringend, und ich hoffe, dass es nicht weitere zweieinhalb Jahre dauert, bis wir im Rat wieder darüber sprechen können. An die Adresse der Freisinnigen und die Fraktion der SVP: Der Krieg und die Energiekrise haben auch bei Ihnen ein Umdenken ausgelöst, das ist äusserst erfreulich. Neben grossen Worten in Diskussionsrunden und Zeitungen müssten Sie nun aber auch Taten folgen lassen. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie die vorliegende Motion ebenfalls unterstützen werden. Alles andere würde die Wählerinnen wohl etwas irritieren. Power to the People, mein Motto, meine Motivation für diesen Vorstoss. Ich empfehle Ihnen, die Motion ebenfalls zu überweisen. Herzlichen Dank.

*Franziska Barmettler (GLP, Zürich):* Es ist erfreulich, was sich in der vergangenen Herbstsession im nationalen Parlament abgespielt hat. In Rekordzeit wurde

eine Solaroffensive beschlossen, aber auch der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative. Zudem hat der Ständerat den Mantelerlass beraten. Natürlich haben der herrschende Krieg und die damit verbundene Energiekrise zu diesen Entscheidungen beigetragen, aber dennoch stimmt der breite Konsens bei der Klima- und Energiepolitik doch zuversichtlich. Wenn wir die Beschlüsse etwas genauer anschauen, dürfen wir sagen, dass die Annahme des Energiegesetzes im Kanton Zürich durchaus eine Inspiration war. So hat das Parlament, analog zu Zürich, finanzielle Unterstützung für den grossflächigen Heizungsersatz sowie eine Solarpflicht für Neubauten beschlossen. Hier sind wir als Kanton mit gutem Beispiel vorangegangen.

Wo wir als Kanton aber noch Aufholbedarf haben, ist beim Ausbau einheimischer Solarenergie. Die Abhängigkeit unseres Kantons von fossilem Erdöl und Erdgas ist problematisch und birgt ein Risiko. Sie muss reduziert werden. Es braucht einen konsequenten Ausbau einheimischer erneuerbarer Energien, allen voran der Fotovoltaik, auf Dächern, Fassaden und Infrastrukturanlagen. Wir brauchen aber nicht nur risikoarmen Strom, sondern auch mehr Strom, etwa für die Elektrifizierung des Verkehrs und den Ersatz fossiler Heizungen durch Wärmepumpen, aber auch für den Ersatz der Stromproduktion der Kernkraftwerke.

Mit dieser Vorlage möchte die Klimaallianz sicherstellen, dass auch auf kantonaler Ebene die Möglichkeiten in diesem Bereich ausgeschöpft werden. Es kann ja nicht sein, dass der EKZ-Chef (*Urs Rengel, CEO der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich*) in einem Interview sagt, dass er zwar etwas tun möchte, ihm aber die Hände gebunden seien. Jetzt gibt es natürlich verschiedene Möglichkeiten, den Handlungsspielraum auszuweiten, und deshalb ist diese PI bewusst offen formuliert. Sie verlangt förderliche Rahmenbedingungen, inklusive Rückliefertarife. Die EKZ haben zwar kürzlich im Zuge der höheren Strompreise den Tarif von 5 auf 8 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. So viel hat jedoch das EWZ (*Elektrizitätswerk der Stadt Zürich*) bereits vor der aktuellen Energiekrise bezahlt. Rückliefertarife sind wichtig, weil die mittel- und langfristige Investitionssicherheit von PV-Anlagen heute nicht gegeben ist und weil Anlagen ohne Eigenverbrauch im Kanton Zürich heute nicht wirtschaftlich sind.

Jetzt kann man sich auf den Standpunkt stellen, das vertraglich abgesicherte höhere Rückliefertarife ein Risiko für die EKZ darstellen, insbesondere, falls die Marktöffnung für Kleinkunden irgendwann doch kommen sollte, was ich zwar bezweifle. Dieses Risiko könnte jedoch abgeschwächt werden, etwa indem die Tarife für alle EVU (*Elektrizitätsversorgungsunternehmen*) aus dem Kanton verbindlich geregelt oder in denen die Rückliefertarife mit einem Netzzuschlag mitfinanziert werden. Genau diese Diskussionen möchten und können wir konstruktiv führen, wenn diese PI vorläufig unterstützt wird. Denn eines ist klar: Nichts tun ist keine Option. Obwohl der Regierungsrat diese Motion nicht unterstützt, führt er im neuen Energieplanungsbericht folgende Massnahme auf: Möglichkeiten des Kantons durch Steigerung der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien prüfen, mit Schwerpunkt auf Fotovoltaik und Winterstrom und unter Berücksichtigung der Förderung des Bundes. Nutzen wir die Dynamik auf nationaler Ebene und fangen wir sofort mit der Umsetzung dieser Massnahme an. Die

Beschlüsse im nationalen Parlament haben gezeigt, dass ein ambitionierter Klimaschutz in der bürgerlichen Mitte angekommen ist. Zeigen wir, dass dies auch im Kanton Zürich so ist. Wir Grünliberalen unterstützen diese PI.

*Christian Lucek (SVP, Dänikon):* Zuallererst möchte ich noch an die Gepflogenheiten in unserem Rat erinnern, und dazu gehört zum Beispiel, dass man Interessenbindungen auch offenlegt. Herr Galeuchet, als Leiter Marketing und Kommunikation von Solarmarkt GmbH, als Vizepräsident von Swiss Solar, dem Fachverband für Solarenergie, weisen Sie ganz bestimmt eine hohe Fachkompetenz in diesem Bereich auf, das will ich nicht bezweifeln. Aber es erklärt natürlich auch Ihre flammenden PR-Aktionen in diesem Kantonsrat und künftig in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) für die Fotovoltaik. Ich habe Verständnis dafür, aber bitte deklarieren Sie es.

Die Motion rennt offene Türen ein. Sowohl auf Bundesebene wie im Kanton werden Vorschriften und Förderanreize zum Zubau von Fotovoltaik-Anlagen gesetzt. Mit der Motion 227/2018 eingereicht, von Herrn Galeuchet, Herrn Forrer (*Thomas Forrer*) und Herr Neukom (*damaliger Kantonsrat und heutiger Regierungsrat Martin Neukom*), wurde der Regierungsrat bereits beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für Massnahmen zum Zubau von grossen Fotovoltaik-Anlagen zu schaffen. Mit dem Geschäft 5614 – Sie erinnern sich, das Energiegesetz – ist der Eigenstromanteil bei Neubauten bereits Pflicht. Der Ansatz zum Ausbau der Energieproduktion im Inland, nicht nur, aber auch durch die Nutzung grosser Dachflächen mit Fotovoltaik-Anlagen, unterstützen wir durchaus und verweisen auf das am 26. September 2022 überwiesene Postulat 238/2022 der SVP, SP, EVP und Mitte betreffend Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbarer Energieerzeugungsanlagen. Es geht darum, dass tatsächlich auch die Industriellen und die Energieerzeugungsfirmen diese Potenziale nutzen und der Zubau nicht einfach den Privaten überlassen wird und diese dann mit Subventionen überschüttet werden. Die Motion ist daher mehrfach redundant und überholt. Eine Überweisung wäre eine wirkungslose Symbolpolitik, zumal uns Solarstrom allein nicht aus der Misere der Energiestrategie 2050 hilft. Wir unterstützen den Antrag der Regierung und lehnen ab. Ich danke Ihnen.

*Alex Gantner (FDP, Maur):* Ich glaube, im Ziel sind wir uns einig, und da kann ich auch Kollege Nicola Siegrist und alle anderen von der Klimaallianz beruhigen. Ich glaube, die Ziele stehen im Raum, sie werden auch nicht gross noch diskutiert bezüglich der ganzen Energieversorgung. Aber es geht eben hier einmal mehr um den Weg, und da folgen wir dem Regierungsrat und ich kann mich auch dem Votum meines Vorredners Christian Lucek anschliessen. Der Weg kann und soll auch ein anderer sein. Daher ist diese Motion – es ist keine parlamentarische Initiative, sondern eine Motion –, die ja doch wieder neue Gesetzesanpassungen auslösen soll und höchstwahrscheinlich nicht nur im Energiegesetz, sondern auch noch in anderen Gesetzen, wirklich nicht nötig.

Nicola Siegrist sagt, sein Motto sei «Power to the People». Mein Motto ist «it's happening», das wurde nämlich gerade auch von der Klimaallianz schon bestätigt.

Der ganze Zubau bezüglich Fotovoltaik passiert hier im Kanton Zürich, in der ganzen Schweiz, vielleicht mit einer gewissen Verzögerung, vis-à-vis den Trends im Ausland, aber es passiert – wegen des ganzen politischen Diskurses, vielleicht jetzt auch noch akzentuiert wegen der ganzen geopolitischen Lage, aber es passiert. Und es ist ja ein Teil des ganzen Energieumbaus, in dem wir drin sind. Es ist für mich auch keine Energiewende, sondern es ist ein riesiger Energieumbau, in den massiv investiert werden soll. Ich möchte auch daran erinnern, dass schon weitere Vorstösse hier überwiesen worden sind. Da möchte ich mich nicht wiederholen. Nun auch die Inkraftsetzung des kantonalen Energiegesetzes mit MUKEn 2014 (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*), den Vorgaben, wonach bei Neubauten praktisch eine Solarpflicht, eine Fotovoltaik-Pflicht eingerichtet worden ist. Das sind alles Dinge, die jetzt schon in Kraft sind, die jetzt auch Zeit brauchen. Und was wir in unserem Kanton wirklich nicht haben sollten, ist eine ewige Legiferierung, ewig erneute Anpassung von gesetzlichen Grundlagen: Die Betroffenen sollen jetzt mit den bestehenden gesetzlichen Grundlagen – und das war schon ein grosser Quantensprung – einmal leben, sich anpassen und entsprechend auch investieren. Die ewige Legiferierung geht tatsächlich weiter. Es ist ja im September von Nicola Siegrist und Mitunterzeichnenden der Klimaallianz der Vorstoss 334/2022 eingereicht worden, die parlamentarische Initiative betreffend «Energiewende vorantreiben, Solarpflicht bei Neubauten, Nachrüstung bei bestehenden Bauten und Parkierungsanlagen». Also auch diese PI, die dann wohl irgendwann einmal vorläufig unterstützt wird, betrifft den gleichen Teil hier. Es läuft also schon so viel und es ist noch einiges in der Pipeline. Es braucht diese Motion, mit der man wohl auch das EKZ-Gesetz entsprechend anschauen muss und die dann auch die ganzen Energieversorgungsunternehmen im Kanton Zürich betrifft, braucht es nicht. Wir sind jetzt in einer Zeitkammer, in der gesetzliche Grundlagen da sind. Lassen wir diese mal wirken für einige Jahre und schauen wir, ob wir dann danach allenfalls etwas adjustieren müssen. Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion entsprechend ab. Besten Dank.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Zuvor wurde es gerade von Herrn Gantner gezeigt: Ja, das Ganze ist leider mit Verzögerung angelaufen beziehungsweise wir haben es leider bei der einheimischen Solarenergie ein wenig verschlafen und hier müssen wir vorwärtsmachen beziehungsweise aufholen. Der Regierungsrat hat mit Berechtigung auch darauf hingewiesen, aber leider will er diese Motion mit der Begründung auch ablehnen, dass jetzt schon Gesetze erlassen worden seien. Ja, sie wurden erlassen, gleichzeitig muss man aber sagen: Ja, es tut sich viel, hier muss es vorwärtsgehen. Hier müssen wir das Ganze auch mit Nachdruck vorantreiben, auch gerade im Zusammenhang mit dem nächsten Traktandum (*KR-Nr. 268/2020*), das wohl leider nicht mehr behandelt wird, betreffend Speichertechnologien. Es ist wirklich essenziell für die Energiewende, dass wir diesen Zubau genug schnell machen. Die AL wird daher diese Motion auch überweisen. Der Regierungsrat soll aufzeigen, wie er den Ausbau beschleunigen kann, gerne auch im Zusammenhang mit entsprechenden Speichertechnologien. Besten Dank.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Aufgrund der Voten der Vertreter von SVP und Freisinn muss ich hier doch noch ganz kurz etwas ergänzen: Ich glaube, wichtig zu erkennen ist, dass es ein strategischer Fehler ist, zu meinen, man könne mit 20 unterschiedlichen Geschäften, 20 unterschiedlichen, kleinen Schrauben, die man dreht, ohne eine Gesamtsicht, ohne eine Gesamtstrategie die Energiewende hinkriegen, sowohl auf der Seite der Produktion wie auch auf der Seite der Speicherung, weshalb wir diesen zweiten Vorstoss noch haben, der heute nicht mehr drankommen wird. Es ist ein Fehler zu meinen, man brauche keine Strategie, und unser Vorstoss fordert gerade eine umfassende Strategie: Wie werden die Investitionen sichergestellt, auch dann, wenn sich die Lage am Energiemarkt wieder beruhigt, auch dann, wenn die Bedrohung durch die unmittelbare Energiekrise kleiner ist? Und jetzt sagen Sie, Herr Gantner, das Ziel sei gesetzt. Das freut mich ja äusserst, ich bin mir da nicht ganz sicher, aber es freut mich äusserst, wenn Sie das sagen. Vom Freisinn kommt aber halt einfach in diesem Rat nichts, was diesem Ziel wirklich entsprechen würde. Es bringt nichts, wenn Sie sagen, das Ziel sei gleich und dann nicht Taten folgen lassen. Es mag sein, dass Sie vielleicht die Position zu dieser Motion vor der Energiekrise beschlossen haben – das ist schon zwei Jahre her, seit sie eingereicht wurde –, aber ich empfehle Ihnen dringend, auch aus der Erkenntnis, dass wir eine andere Energiepolitik brauchen, Taten folgen zu lassen und solche Vorstösse in Zukunft einfach zu unterstützen oder dann eigene Vorschläge zu bringen, die besser sein könnten aus einer freisinnigen Perspektive. Bisher ist es nicht passiert. Und deshalb, wenn Sie davon sprechen, dass es scheinbar schon passiert, «it's happening», dann müssen Sie sich halt in fünf Jahren auch gemeinsam mit der SVP den Vorwurf anhören lassen, dass Sie weiterhin nicht bereit waren, die erneuerbare Energieversorgung auszubauen, falls wir auch in fünf Jahren ein Problem haben sollten mit der Energieversorgung.

Zuletzt können Sie einfach ganz sicher nicht sagen, es laufe schon so viel, und dann Vorstösse zu zitieren, die Sie selbst auch nicht unterstützen werden. Sie sprechen von der PI für eine Solarpflicht und sagen, es laufen ja schon so viel, aber ich weiss genau, dass Sie diesen Vorstoss auch ablehnen werden. Sie können sich nicht mit fremden Federn schmücken, ohne dass Sie dann sogar eine Unterstützung dazu beschliessen. Ich empfehle Ihnen dringend, diese Motion anzunehmen, oder ich bin sehr gespannt, was Sie für Alternativvorschläge bringen in den kommenden Monaten. Herzlichen Dank.

*Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen):* Ich bin schon erstaunt, Nicola Siegrist spricht von einer Gesamtschau. Aber das ist ja genau das Problem, das wir mit dieser Motion haben. Schauen Sie doch mal nach Deutschland, die sind zehnmal weiter in der Solarenergie, bei denen macht es bereits 27 Prozent aus. Bei uns sprechen wir von 26 Prozent Elektrizität am gesamten Energiekuchen, davon sind 10 Prozent diese neuen Erneuerbaren, also sprechen wir von 2,7 Prozent. Das Zehnfache haben wir in Deutschland, und schauen Sie nach Deutschland, diese Gesamtschau funktioniert dort nicht, und ich sage Ihnen auch warum: Wenn Sie

einfach diese Solarenergie unendlich ausbauen wollen und das Gefühl haben, damit lösen wir das ganze Problem, dann haben wir ein Ungut zu Zeiten, wenn die Sonne scheint. Deutschland bezahlt teilweise pro Wochenende 45 Millionen, damit es jemanden findet, der bei sonnigen Tagen den Strom abnimmt. Wir haben dann zu Spitzenzeiten zu viel Strom. Und dann, wenn wir einfach Strom brauchen, haben wir keinen, auch wenn wir jedes Dach vollpflastern. Das ist, wie wenn Sie eine Hungerkatastrophe verhindern möchten und sagen, wir müssen mehr Nahrungsmittel produzieren, und die fetten Amerikaner und Europäer dann noch mehr essen, aber die hungrigen Kinder davon nichts bekommen. Wir produzieren Strom dann, wenn wir ihn haben. Wir sollten uns aber eine Gesamtschau, ein Konzept überlegen, wie wir Strom dann haben, wenn die Sonne nicht scheint, wenn der Wind nicht da ist und wie Sie das alles speichern möchten. Das sind die Fragen. Und jetzt schaffen Sie zuerst einmal genügend Strom hin. Wir können das mit Solarenergie zusammen machen, es wird allein aber nicht reichen. Und wenn wir genügend Strom haben, dann können wir noch beginnen, die drei Viertel des Kuchens, die leider sehr CO<sub>2</sub>-lastig sind – Erdöl, Gas und all die Treibstoffe –, vielleicht auch zeitnah durch Elektrizität zu ersetzen. Aber machen Sie mal diese Gesamtschau, ja, auf Ihrer Seite. Da wäre ich sehr, sehr froh, wenn das so passieren würde. Danke.

*Paul von Euw (SVP, Bauma):* Machen wir doch einmal eine Standortbestimmung. Mir scheint es, es geht hier tatsächlich um den Marketingleiter Galeuchet, und er bringt hier ein Verkaufsgespräch, indem er seine Fotovoltaik-Anlagen anpreist. Fotovoltaik-Anlagen sind eine gute Sache. Ich habe nichts gegen Fotovoltaik-Anlagen, ich bin selber in der Energiebranche tätig.

Und Sie sagen, wir seien das dritthinterste Land in der Solar- oder in der PV-Produktion, den Umfang haben Sie nicht gesagt. Wir sind aber zuvorderst bei den erneuerbaren Energien. 80 Prozent des Energieverbrauchs in der Schweiz stammt aus erneuerbaren Energien. Daher kommt es mir etwas so vor, wie wenn Sie hier explizit auch aus Eigeninteresse für PV-Anlagen weibeln, was ja nicht falsch ist. Sie dürfen die Situation hier vorne aber nicht verwässern, denn es bringt einen falschen Eindruck.

Sie sagten, der Strom mit Fotovoltaik-Anlagen könne in der Schweiz produziert werden und die Hilfsmittel in Europa. Ich habe geschaut, woher Ihre Produkte kommen: Hyundai, Huawei, Trina Solar aus China, das ist nicht so europäisch. Hören Sie auf, die SVP anzugreifen, wir machten nichts in dieser Beziehung, und dann predigen Sie Wasser und trinken selber Wein. Das geht nicht. Die Produkte kommen nicht aus dem benachbarten Europa, die Produkte kommen aus Übersee und hauptsächlich aus dem fernöstlichen Raum; das zur Berichtigung.

Dann verlangte vorher Herr Siegrist eine Strategie. Die Strategie wurde meines Wissens im Jahr 2017 in Form der Energiestrategie 2050 verabschiedet und durch das Schweizer Volk angenommen, und das gilt es auch zu respektieren. Nun, diese Strategie oder der Titel – ich behaupte, es ist nur ein Titel «Strategie», Inhalt hat diese Strategie keine, sonst wären wir jetzt nicht in dieser Diskussion, in der wir sind –, dieser Fahrplan hat bereits 2011 angefangen und nicht 2017. Darum haben

wir jetzt diese Probleme, die wir haben. Und ich werde Ihnen sagen, ich habe es einleitend gesagt: Fotovoltaik ist eine gute Sache, es ist aber nicht die Rettung. Denn wir müssen diese Strategie dringend haben, wir brauchen eine vernünftige Strategie, die eben über die Fotovoltaik hinausgeht. Ich habe es beim letzten Votum hier am Tisch gesagt, wir brauchen Bandenergie. Im Jahr 2050 wird uns diese Energiemenge, die wir heute in der Schweiz beziehen, mit der heutigen Strategie fehlen, da können Sie noch so viele PV-Anlagen installieren. Das sind 50 Terawattstunden, die fehlen uns im Jahr 2050. Und da können wir jetzt nicht irgendwie über Fotovoltaik-Anlagen und ein paar Windräder diskutieren. Ich sage es hier und jetzt und es ist heute schon einmal gefallen: Wir brauchen Bandenergie, und zwar nicht in Form von CO<sub>2</sub>-Schleudern, wie sie jetzt Deutschland wieder auffährt, mit Kohlekraftwerken, sondern wir müssen das Thema Kernenergie wieder aufs Tapet bringen. Dazu müssen wir stehen und dann können wir das Problem lösen oder das Problem angehen. Ja, Herr Forrer schüttelt jetzt schon den Kopf, ich weiss, dass Sie das nicht lustig finden, aber es mir eigentlich egal. Denn ich will, dass meine Nachfahren auch noch Energie haben. Sie sind sogar schon etwas älter als ich, Sie brauchen nicht mehr so viel Strom (*Heiterkeit*). Meine Nachfahren müssen auch noch Strom haben. Also ich möchte Sie hier wirklich ermuntern, den Fokus etwas aufzutun.

Und dann hat Herr Siegrist auch gesagt «wir sind froh, dass die Energie jetzt so teuer ist, dann können wir diese Infrastruktur bezahlen, sie wird schneller amortisiert». Das suggeriert aber auch, dass diese Energieform viel teurer sein wird und hauptsächlich auf das Portemonnaie der Kleinen schlägt, nicht derjenigen, die Millionen auf dem Bankkonto haben, sondern es ist der Búezer, den das dann plagt. Und wenn Sie sagen, das stimme nicht, dann stimmt das nur insofern nicht, als diese Anlagen wieder subventioniert werden, mehr subventioniert werden als sämtliche andere Energieproduktionen, und sich aus diesem Grund amortisieren. Der Strom wird teurer, das wird so sein, aber da haben wir sogar einen verfassungsmässigen Auftrag: Das ist in einem ökonomisch vernünftigen Rahmen zu halten.

Ich danke für die Aufmerksamkeit und bitte Sie, diese Motion nicht zu überweisen. Danke.

*David John Galeuchet (Grüne, Büllach) spricht zum zweiten Mal:* Bei Herrn Lucek möchte ich mich bedanken, mich an die Gepflogenheiten im Rat erinnert zu haben. Definitiv, ich habe es vergessen, meine Interessensverbindungen offenzulegen. Das hat er für mich übernommen, ich denke, damit ist dem Genüge getan. Wenn Sie sagen, dieser Vorstoss sei überholt, dann hat das natürlich immer auch damit zu tun, dass Sie solche Vorstösse blockieren. Also Sie sind nach wie vor nicht interessiert, dass es mit den erneuerbaren Energien vorwärtsgeht, weil Sie immer noch diese AKW sehen, die Ihnen die Sicht auf die Zukunft versperren. Herr Gantner sagt «it's happening». Ja, aber viel zu langsam, Herr Gantner, und es musste viel gemacht werden, damit es vorwärtsgeht, und wir müssen endlich dort hinkommen. Ich bin froh, wenn Sie sagen, wir hätten die gleichen Ziele. Mir geht es ein bisschen wie Herrn Siegrist, das kann ich fast nicht glauben. Aber ja,

ich nehme es mal so zur Kenntnis und die Zukunft wird es dann zeigen, ob wir wirklich gemeinsam diesen Weg gehen können.

Auf Herrn Weidmann möchte ich zurückkommen: Er sagt, wir hätten ein grosses Problem im Sommer, wenn diese Solaranlagen laufen. Wissen Sie, diese kann man einfach abstellen, dann gibt es davon keinen Strom. Was noch viel intelligenter wäre, statt sie abzustellen, ist, daraus Biogas zu machen oder «Power to x», wie man heute so modern sagt, dann hätten wir noch einen weiteren Nutzen und einen allenfalls ein bisschen höheren Anteil an erneuerbarem Gas in der Schweiz.

Und Herr von Euw verdreht da vieles. Ich habe gesagt, wir seien, der Kanton Zürich sei im Zubau Dritttletzter in der Schweiz. Also wir sind da wirklich auf einer ganz schlechten Position, und zwar im Pro-Kopf-Zubau, das habe ich auch ganz klar so gesagt. Und ja, es ist korrekt, diese Produkte kommen vielfach aus dem Ausland. Das ist, weil Europa es verschlafen hat, hier gute Wirtschaftspolitik zu machen. Europa war führend, die Schweiz war führend in der Solarindustrie, das müssen Sie sich bewusst sein. Leider haben wir diese Position nicht halten können. Europa ist wieder daran, eine Wirtschaft aufzubauen. Und was anders ist als mit Öl und Gas: Diese Produkte importieren Sie einmal und machen dann 25 Jahre Strom daraus. Das ist also eine Abhängigkeit, die viel, viel kleiner ist.

Und noch zu den Potenzialen: Also wenn Sie das nicht sehen, dass das Potenzial der Sonne das grösste ist, das wir im Inland haben! Wir wissen, dass wir noch ein kleines Potenzial für Wasserkraft haben. Und für den Winter brauchen wir Windenergie. Aber nicht einmal diesen Vorstoss, nicht einmal das wollen Sie in den Richtplan aufnehmen. Sie sträuben sich also an allen Positionen und halten einfach an alten Konzepten fest: «Verbrennen wir weiter Öl!» Danke.

*Alex Gantner (FDP, Maur) spricht zum zweiten Mal:* Ich möchte noch kurz replizieren – nicht über das Ziel, sondern eben über den Weg. Und unser Weg ist ein anderer als Ihr Weg. Dieser geht immer über Pflicht, über Zwang, über Abgaben, fixe Tarife, also wirklich ein Interventionismus, vor allem auch auf gesetzlicher Grundlage. Unser Weg sind Anreize. Das kann über befristete Rahmenkredite sein, da haben wir ja bezüglich Ladestationen eine Motion (KR-Nr. 107/2019) eingereicht, die dann im Zusammenhang mit der Klimadebatte als einziger bürgerlicher Vorstoss auch überwiesen worden ist und jetzt in der KEVU in der Beratung ist bezüglich der Umsetzung durch den Kantonsrat. Im Zusammenhang mit der MuKE-Vorlage ist der Rahmenkredit für dieses Jahr um 7 Millionen Franken erhöht worden, auch das wieder finanzielle Anreize. Das geht zwar jetzt nicht in Richtung Fotovoltaik, sondern eher in die Gebäude, aber das ist unser Weg. Denn am Schluss muss investiert werden, am Schluss muss vor allem durch Private investiert werden. Und wenn diese am Anfang des ganzen Prozesses unterstützt werden, ist das sicher hilfreich.

Und der andere Punkt sind die Bewilligungsverfahren. Ich meine, auch das ist jetzt zum Glück erkannt worden, auch aufseiten der Baudirektion und der Regierung mit der Beschleunigungsvorlage. Es geht am Schluss ums Bauen, um Bau-

bewilligungen, um diese Verfahren, und auch kann wirklich sehr vieles noch geleistet und verbessert werden, damit wir dann eben schneller sind, dass das «it's happening» dann eben doch noch einen Gang höhergeschaltet werden kann. Besten Dank.

*Rosmarie Joss (SP, Dietikon):* Wir haben jetzt gerade vorher von Alex Gantner viele schlimme Schlagworte gehört, wie, es gehe um Pflichtinterventionismus und alles andere Böse, was ein liberales Ohr hören kann. Nein, in diesem Vorstoss geht es vor allem um Investitionssicherheit und den Ausbau von erneuerbarer Produktion und nicht, wie bei dem Traktandum zuvor, eher um den Ausbau des Verbrauchs.

Wir haben gerade Verschiedene gehört: Tobias Weidmann hat uns eigentlich gesagt, es brauche gar nicht so viel Fotovoltaik-Investition, wir hätten schon viel zu viel Strom, das bräuchten wir gar nicht, und was wir denn überhaupt alles damit tun wollten. Was wir damit tun wollen? Da würde ich Ihnen empfehlen: Nehmen Sie die Traktandenliste, schauen Sie das nächste Traktandum an, das wir heute leider nicht mehr behandeln werden, dort finden Sie den Vorstoss 268/2020. Es geht um Stromspeicherinfrastrukturen. Es geht eben genau darum, was man mit Fotovoltaik, die im Augenblick nicht so genutzt werden kann, machen kann. Wir haben uns schon einiges bei unserem Vorstosspaket gedacht. Lustig ist ja, dass uns gleichzeitig Lorenz Habicher – daran mag ich mich noch erinnern – heute Morgen (*in der Debatte über KR-Nr. 333/2022*) vorgerechnet hat, dass es ja viel zu wenig Strom gebe in diesem Lande. Und gleichzeitig behauptet heute die gleiche Partei, dass wir ja schon mehr als genug Fotovoltaik hätten und wir nicht wirklich mehr ausbauen sollten. Ich frage mich, wie das zusammengeht.

Dann hatten wir auch noch andere interessante Aussagen: Paul von Euw hat gesagt, 80 Prozent der Energie sei erneuerbar. Ich möchte Ihnen anraten, gehen Sie zu Ihren Parteikollegen und Öl-Lobbyisten Ueli Bamert. Er wird Ihnen sagen, es sei 80 Prozent des Stroms. Und leider brauchen wir noch immer relativ viel Öl, das ist nicht erneuerbar. Schauen Sie, Strom ist nicht die einzige Energie, die in diesem Land konsumiert wird. Wir müssen da schon noch einiges leisten, um genügend Erneuerbare zu haben. Entsprechend ist es eben wichtig, dass wir auch einen Stromüberschuss produzieren. Und wenn wir dann einen haben, dann können wir auch schauen, wie wir ihn gescheit speichern. Wir haben ein Beispiel gehört, wie «Power to x», die man dann durchaus machen kann. Heute bringen es diese Massnahmen nicht wirklich, denn sie haben einen schlechten Wirkungsgrad. Und Sachen mit schlechtem Wirkungsgrad macht man, ehrlich gesagt, nur dann, wenn man wirklich genug Strom hat, und davon sind wir noch meilenweit entfernt. Da müssten wir, auch wenn wir der Nummer-1-Kanton im Zubau von Fotovoltaik wären, müssten wir noch einen gewissen Weg gehen.

Dann kam ja die grosse Abhängigkeit von den Produkten, die nicht in Europa produziert werden. Ja, aber wenn man das mal installiert hat, dann ist es bei uns. Und man hat nicht eine permanente Abhängigkeit, wie man es beim AKW hat; ich glaube, wir haben keine grossen Uranschiefstätten. Oder eben das Erdöl von Kollege Bamert, das wird auch alles importiert. Hier haben wir wenigstens nur

einmal eine Abhängigkeit und nicht am Laufmeter und nicht permanent. Man merkt dann nicht, dass man plötzlich Uran aus Russland importiert, und weiss nicht mehr, wo man das sonst herbekommen kann.

Dann finde ich es auch immer spannend, wie von der SVP die Windenergie schlechtgeredet wird, die kann nämlich durchaus auch etwas beitragen. Und gegen innovative Bandenergie, wie Geothermie, haben wir noch nie etwas gesagt. Weiter wurde behauptet, dass Nicola Siegrist sich über hohe Energiepreise freue. Da Nicola nicht mehr sprechen darf (*er hat schon zweimal gesprochen*), kann ich Ihnen versichern: Er hat das nicht gesagt. Er hat gesagt, und darum geht es ihm, dass die Energie sozial finanziert werden muss. Wir brauchen diesen Vorstoss, denn die Investitionssicherheit muss auch nachhaltig gewährleistet sein. Die Energiepreise werden sich wahrscheinlich normalisieren, und dann muss eben immer noch gewährleistet sein, dass man die Investition zu vernünftigen Preisen amortisieren kann. Und wo eben genau die soziale Frage der Finanzierung nicht funktioniert, ist übrigens bei der fossilen Abhängigkeit.

Stimmen Sie diesem Postulat für die Investitionssicherheit zu. Ich danke der SVP heute schon dafür, dass sie sich für die Energiespeicherung beim nächsten Traktandenpunkte – es kommt heute leider nicht mehr dazu – auch zustimmen wird. Zusammen kommen wir in die Zukunft. Danke.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 88 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), die Motion KR-Nr. 267/2020 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.